

# POLITIK AKTUELL

Ausgabe 02/2008  
25.02.2008

Informationen aus Berlin, Dresden  
und der Region

## Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe  
Mitreiter, sehr geehrte  
Damen und Herren!

Am vergangenen Sonntag wurde in Hamburg eine neue Bürgerschaft gewählt. Ole von Beust ist es auf eindrucksvolle Weise gelungen, Hamburg wieder auf einen guten Kurs zu bringen. Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Eine große Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger möchte, dass Ole von Beust Erster Bürgermeister bleibt.

Denn auch in Hamburg spüren die Bürgerinnen und Bürger: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Damit die CDU ihre erfolgreiche Arbeit für die Hansestadt fortsetzen kann, ist es nun in erster Hinsicht wichtig den geeigneten Koalitionspartner zu finden.

Die spektakulären Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung haben uns erschüttert. Sollten sich die Vermutungen als richtig erweisen, wäre das Ausmaß der Steuerhinterziehung erschreckend. Das Verhalten einiger Spitzenverdiener und ihre Bereitschaft, sich mit krimineller Energie Vorteile zulasten der Allgemeinheit zu verschaffen, sind unerträglich.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die mit der ganzen Härte des Gesetzes geahndet werden

muss. Denn Steuerhinterzieher leben auf Kosten der ehrlichen Bürgerinnen und Bürger. Liechtenstein ist aufgerufen, mit den deutschen Behörden zu kooperieren und die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung über Finanzinstitute zu unterbinden. Ein Defekt unseres Wirtschaftssystems lässt sich aus den bekannt gewordenen kriminellen Machenschaften aber nicht ableiten.

Die soziale Marktwirtschaft ist das Fundament unseres Wohlstandes und sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Sie wird getragen von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ganz besonders von den mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern. Das System der sozialen Marktwirtschaft ist intakt – aber alle, die davon profitieren, haben auch die Verantwortung, die Akzeptanz unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch ihr Handeln nicht in Frage zu stellen.

Die Bundesregierung hat im Falle der Krise der Mittelstandsbank IKB reagiert und mit einem Notfallplan ein Ausweiten der Krise verhindert. Sie hat zugesagt, im Rahmen neuer Vereinbarungen Mittel von insgesamt bis zu 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung zu stel-

len. Die privaten Banken werden ebenfalls ihren Beitrag leisten, um die Insolvenzgefahr bei der IKB zu bannen. Diese Entscheidung ist ein Ergebnis der Abwägung der aus einer Ausweitung dieser Krise resultierenden Risiken und den möglicherweise daraus resultierenden Belastungen für den Bundeshauhalt. Zusätzlich gilt es, aus diesem und ähnlichen Vorfällen die richtigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt deshalb die Absicht des Bundeswirtschaftsministers, die Reprivatisierung der IKB rasch und entschlossen voranzutreiben. Dies ist die aus ordnungspolitischer Sicht richtige Antwort auf die Vorkommnisse um die IKB. Gleichzeitig wird auch zu prüfen sein, inwieweit die KfW ihren Aufsichtspflichten genügt hat.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform muss verbessert werden	2
Für mehr Entscheidungsfreiheit für Eltern	2
Die Woche im Bundestag	3
Demonstrationsverbot für Neonazis in Sachsen	4
Aktuelles aus der CDU Stadtratsfraktion Zwickau	5
Die KPv stellt sich vor	6
US-Konsul zu Gast bei Zwickauer JU	6
Junge Leute in die Parlamente	7
Buchtipp: Stammheim	7
Termine & Impressum	8

## **Dr. Michael Luther: Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform muss verbessert werden**

Als Parteien der bürgerlichen Mitte verstehen sich CDU und CSU auch als Anwälte des Eigentums. Eigentum ist keine Schande, sondern im Regelfall Ergebnis harter Arbeit. Dies muss auch bei der anstehenden Reform der Erbschaftsteuer zum Ausdruck kommen.

Ein wichtiger Bestandteil der Reform ist die Neuregelung der Besteuerung bei Betriebsübergängen, wobei das wirtschaftspolitische Ziel in der Erhaltung möglichst vieler Familienunternehmen sowie deren Arbeitsplätze und das gesellschaftspolitische Ziel in der wirtschaftlichen Stärkung des Mit-

telstandes liegen. Weiter muss die Reform die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen, nach denen, die unterschiedliche Behandlung von Grund- und Kapitalvermögen aufzugeben und generell von Verkehrswerten auszugehen ist.

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, dessen wichtigste Punkte gegenwärtig diskutiert werden. Vorgesehen ist die Schonung der engen Verwandten bei der Vererbung einer Immobilie durch eine Anhebung der Freibeträge zum Ausgleich der steigenden Bemessungsgrundla-

ge. Bei der Vererbung von Betriebsvermögen ist eine steuerliche Verschonungsregelung vorgesehen, die an eine Behaltensfrist für das Unternehmen von 15 Jahren, eine mit der Lohnsumme verknüpfte Erhaltung von Arbeitsplätzen innerhalb von zehn Jahren und eine Pauschale von 15% für nichtbetriebsnotwendiges Vermögen verbunden ist. Kleinstunternehmen sollen durch einen gleitenden Abzugsbetrag möglichst ganz verschont bleiben. Der Gesetzentwurf ist auf eine Reihe begründeter kritischer Einwendungen gestoßen, die im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens überprüft werden müssen.

Dies betrifft die praxisfremde Behaltensfrist, die starre Lohnsummenregel, die Nichtberücksichtigung von Vermögensverwaltungsunternehmen, die gesetzliche Behandlung der Bewertungsmethoden, den Wegfall der Verschonung bei Landwirten, die ihre Flächen verpachtet haben, sowie die Höhe der Steuersätze in der Steuerklasse I. Die Erwartungshaltung der Betroffenen ist groß. Die Unionsparteien müssen mit allen Kräften darum kämpfen, damit wir am Ende zu einer mittelstands- und eigentumsfreundlichen Lösung kommen.

## **Dr. Michael Luther: Für mehr Entscheidungsfreiheit für Eltern**

Die SPD hatte in der vergangenen Woche vorgeschlagen, den Kinderfreibetrag zu kürzen und die nächste Kindergelderhöhung auszusetzen, um das eingesparte Geld für Schulspeisungen und den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze einzusetzen. Dieser Vorschlag bedeutete eine nicht zu rechtfertigende Einmischung des Staates in ureigenstes Elternrecht. Inzwischen hat die SPD auf Druck der Union Einlenken bei der Frage der Kindergelderhöhung signalisiert. Das Grundgesetz weist Eltern die Pflege und Erziehung ihrer Kinder als „deren natürliches Recht und ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“ zu. Deshalb kann es nicht sein, dass der Staat immer mehr Aufgaben an sich zieht und für die Eltern entscheidet, was gut für ihre Kinder ist. Sollte der vom Bundesfinanzminister im Herbst 2008 vorzulegende Existenzminimumsbericht zu dem Ergebnis kommen, dass der Kinderfreibetrag aufgrund gestiegener Lebenshaltungskosten angehoben werden muss, ist es politisch geboten, auch das Kindergeld zu erhöhen

(derzeit 154 Euro für das erste bis dritte Kind und 179 Euro ab dem vierten Kind). Dies muss nicht zwangsläufig zur einheitlichen Anhebung führen – das wäre in der Tat Politik mit der Gießkanne. 10 Euro mehr für alle Kinder bedeuten zwei Milliarden Euro Mehrkosten. Vieles spricht dafür, eine Kindergelderhöhung nach Anzahl der Kinder zu staffeln, damit vor allem Mehrkinderfamilien stärker berücksichtigt werden. In diesen Familien ist die Erwerbstätigkeit beider Eltern oft nicht möglich und auch nicht erwünscht. Eine Kindergelderhöhung könnte für diese Familien eine spürbare Entlastung bringen und würde ganz sicher von der ganz überwiegenden Zahl der Eltern zum Wohle ihrer Kinder verwendet. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Kindergeld nicht verwechselt werden sollte mit dem Sozialgeld für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe oder ALG II als Transferleistung erhalten. Hier beträgt der Regelsatz für Kinder unter 14 Jahren derzeit 208 Euro plus anteilige Kosten für Unterkunft und Heizung.

## **Unabhängigkeitserklärung des Kosovo: Für Stabilität auf dem Balkan sorgen**

Am vorletzten Sonntag hat sich das Kosovo für unabhängig erklärt. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die intensiven diplomatischen Vermittlungsbemühungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern zu einer einvernehmlichen Lösung der Statusfrage geführt hätten. Da der Wille dazu auf beiden Seiten sowie im Rahmen der Vereinten Nationen jedoch nicht vorhanden war, gab es zur Unabhängigkeitserklärung keine Alternative. Der Status Quo hätte die Stabilisierung des Westbalkans erheblich erschwert.

Es ist jedoch zu begrüßen, dass eine große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten sich auf ein zügiges Vorgehen zur internationalen Anerkennung des Kosovo verständigt hat. Jetzt ist es an der Zeit, klare Verhältnisse zu schaffen.

Fest steht: Deutschland hat ein nationales Sicherheitsinteresse an stabilen, friedlichen und demokratischen Staaten auf dem Balkan. Der Zerfall Jugoslawiens hat deutlich gezeigt, welche

unmittelbaren Auswirkungen die damit verbundenen Konflikte auf Deutschland hatten. Deshalb unterstützen wir mit 200 unterstützten Kräften aus Deutschland die EULEX-Mission (European Union Rule of Law Mission in Kosovo). Es ist der größte zivile Einsatz der EU-Geschichte. Insgesamt werden rund 1.800 Polizei-, Zoll- und Verwaltungsbeamte, Richter sowie Staatsanwälte den Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen. Wichtig ist, dass es in den nächsten Wochen zu einem friedlichen Übergang kommt. Der NATO-geführten KFOR-Mission kommt eine besondere Aufgabe zu.

Die Präsidentschaftswahlen in Serbien haben zudem gezeigt, dass es der politische Wille der Serben ist, ihr Land weiter an die EU heranzuführen. Diesen Weg werden wir unterstützen.

In erster Lesung wurde das **Achte Gesetz zur Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes (8. BImSchG)** beraten, mit dem der Ausbau der Biokraftstoffe ab dem Jahr 2015 stärker als bisher auf die Minderung der Treibhausgasemissionen ausgerichtet werden soll. Die zu erreichende Quote wird als Netto-Klimaschutzbeitrag (Dekarbonisierung) auf 5 Prozent bis zum Jahr 2015 und auf 10 Prozent bis zum Jahr 2020 festgelegt.

Mit dem **Straßenbaubericht 2007** unterrichtete uns die Bundesregierung in dieser Woche neben der fortlaufenden Berichterstattung über die Straßenbauleistungen über die aktuellen Entwicklungen sowie wichtige Neuerungen bei den rechtlichen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen für den Fernstraßenbau. Wie in den Vorjahren ist erneut eine deutliche Verkehrszunah-

me zu verzeichnen. So wird für die Straßengüterverkehrsleistung bis 2050 etwa eine Verdoppelung erwartet und auch beim Personenverkehr werden trotz der demografischen Entwicklung einer älter werdenden Gesellschaft weitere Zunahmen der Fahrleistungen prognostiziert.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Gesetz zur Klärung der Vaterschaft** unabhängig vom Anfechtungsverfahren verabschiedet. Anfechtungsberechtigte Personen (rechtlicher Vater, Mutter, Kind) erhalten einen Anspruch auf Einwilligung in eine genetische Untersuchung zur Klärung der Abstammung und Duldung der Entnahme einer für die Untersuchung geeigneten Probe. Für den Fall einer erheblichen Beeinträchtigung des Wohls des minderjährigen Kindes ist eine Aussetzung des Feststellungsverfahrens vorgesehen.

In erster und zweiter Lesung wurde das **Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften** beraten, mit denen Anforderungen aus dem internationalen Bereich (u. a. VN-Schusswaffenprotokoll) in innerstaatliches Recht umgesetzt und zudem punktuelle Lücken und Schwachstellen im Waffenrecht beseitigt werden. Das Führen von Anscheinwaffen (Kriegswaffen und Pumpgun-Imitate) in der Öffentlichkeit wird verboten.

Ausgelöst durch die Fleischskandale in jüngster Zeit wurde in erster Lesung das **Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches** sowie anderer Vorschriften beraten. Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes sollen Lebensmittelunternehmen, an die unsichere Lebensmittel geliefert worden sind und die diese zurückwiesen haben, verpflichtet werden, die zuständige Behörde

über den Lieferanten zu informieren. Der Bußgeldrahmen soll dabei von 20.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben werden.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **Nicht-kommerzielle klinische Studien in Deutschland voranbringen** setzte sich mit der Situation von nicht-kommerziellen klinischen Studien auseinander, die häufig der Therapieoptimierung bzw. dem Therapievergleich dienen, aufgrund gestiegener bürokratischer und finanzieller Hürden für die Wissenschaft aber immer schwieriger durchführbar sind. Der Antrag enthält eine Reihe von Vorschlägen, wie diese Erleichterungen insbesondere bei Dokumentationspflichten erwirkt werden können und wie Deutschland als Standort für die klinische Forschung weiterentwickelt werden kann.

## Zahlen, Fakten, Wissenswertes

**Deutlich höhere Schulabbrecherquote unter Ausländern:** In Deutschland lebende ausländische Jugendliche brechen häufiger die Schule ab als deutsche Schüler. Während 9,3 Prozent der deutschen Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen, ist die Quote unter jungen Ausländern mit 19,4 Prozent mehr als doppelt so hoch. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern signifikant: Die niedrigste Schulabbrecherquote unter ausländischen Jugendlichen gibt es in Hessen (10,3 Prozent), die höchste in Bremen (29 Prozent) und Sachsen-Anhalt (29,4 Prozent) (Quelle: Bertelsmann Stiftung)

**Deutlicher Anstieg der Beschäftigung im Verarbeiten-**

**den Gewerbe:** Im vergangenen Jahr waren im Jahresdurchschnitt rund 5,2 Millionen Menschen im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Das sind rund 1,7 Prozent mehr als 2006. Die Zahl der im Jahr 2007 geleisteten Arbeitsstunden nahm im Vergleich zum entsprechenden Vorjahr um 2,0 Prozent auf 8,2 Milliarden zu. Die Entgelte (Bruttolohn- und -gehaltsumme) lagen mit 217 Milliarden Euro um 4,1 Prozent höher als 2006. Die stärksten Zuwächse waren im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen (plus 5,6 Prozent), im Maschinenbau (plus 4,2 Prozent) und in der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung (plus 2,4 Prozent) zu verzeichnen (Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Überwiegende Mehrheit der Drei- bis Fünfjährigen gehen in den Kindergarten:** 89 Prozent aller Kinder im Kindergartenalter von drei bis fünf besuchen heute den Kindergarten. Damit hat sich diese Zahl weiter erhöht. 2006 wurden 87

Prozent der Kinder dieser Altersgruppe in einem Kindergarten betreut. In Ostdeutschland liegt die Kindergartenquote mit 94 Prozent höher als in den alten Bundesländern (88 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)





**Geert Mackenroth**  
**Sächsischer Justiz-**  
**minister**

*Mindestens 25.000 Menschen verloren nach Schätzungen von Historikern ihr Leben - als Dresden vor 63 Jahren - vom 13. bis zum 15. Februar - bombardiert wurde. Am Mittwoch gedenken die Bürger der Stadt in vielen Veranstaltungen der Opfer und der Zerstörung.*

*Und wie in den vergangenen Jahren werden auch wieder Rechtsextreme aufmarschieren, die den alliierten Angriff auf Dresden mit dem Völkermord des NS-Regimes gleichsetzen.*

*Das Land Sachsen will diese Aufmärsche zukünftig mit einem neuen Versammlungsgesetz verhindern, das gestern im Kabinett beschlossen wurde.*

*Einzelheiten von Geert Mackenroth von der CDU, Staatsminister der Justiz in Sachsen.*

**Sabine Porn:** Rechtsextreme Aufmärsche an sensiblen Orten und Tagen soll es in Sachsen nicht mehr geben. Welche Orte, welche Tage sind das?

**Geert Mackenroth:** Wir haben zusammen mit Historikern und Betroffenen

## Demonstrationsverbot für Neonazis in Sachsen?

die sächsische Geschichte durchforstet und festgestellt, dass bestimmte Orte besonders belastet sind. Das sind zum Beispiel die Synagogen in Dresden und Görlitz und die früheren Synagogen an anderen Orten, die Gelände ehemaliger Konzentrationslager, die Frauenkirche in Dresden, das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig und andere. Die sensiblen Tage, an denen die besondere Erinnerung wach gehalten wird, sind der 27. Januar, der Holocaust-Gedenktag, der Tag der nationalsozialistischen so genannten Machtübernahme am 30. Januar, der Tag der Kapitulation am 8. Mai, das Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20. Juli, der Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall auf Polen am 1. September, usw. - also es sind eine ganze Menge von sensiblen Orten und Tagen aufgeführt.

**Porn:** Mit diesem neuen Gesetz können Neonazi-Aufmärsche aber natürlich nicht generell verboten werden, oder?

**Mackenroth:** Nein, es würde das Gesetz missverstehen, wenn es verstanden würde als Einschränkung des Demonstrationsrechtes, das ist nicht unser Ansatz. Wir wollen umfassend die Würde der Opfer und das Gedenken an diese Opfer an diesen Tagen und Orten schützen, und haben uns in einem verfassungsrechtlich außerordentlich schwierigen Abwägungsprozess zu der Auffassung durchgerungen, dass an diesen Tagen und Orten die Würde der Opfer vorgeht und den Demonstrationen zugemutet werden kann, andere Orte zu anderen Zeiten aufzusuchen. Das heißt, an anderen Tagen, zu anderen Orten muss selbstverständlich - wie von unserer Verfassung

so vorgegeben - das Demonstrationsrecht respektiert werden, auch wenn die Inhalte einem nicht passen. Das ist für unsere Verfassung, für unser Gesamtsystem schlechthin konstitutiv.

**Porn:** Nun gibt es aber Politiker anderer Parteien und Verfassungsrechtler, die genau diesen Entwurf, über den wir jetzt sprechen, kritisieren und auch den als Einschränkung des Grundrechts auf die Versammlungsfreiheit werten. Was sagen Sie den Kritikern?

**Mackenroth:** Wir haben die Sache insoweit abgeklopft und glauben uns auf der sicheren Seite. Das Bundesverfassungsgericht hat gerade etwas für Brandenburg in vergleichbaren Fällen schon positiv entschieden. Nachdem die Hoheit über das Versammlungsrecht im Zuge der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen ist, glauben wir, dass wir das tun können. Es gibt andere Orte, wie zum Beispiel in Berlin das Holocaust-Denkmal, was als Ort überregionaler Bedeutung bereits durch die Rechtsprechung mit den Einschränkungen des Demonstrationsrechtes sanktioniert worden ist. Wir übertragen diese Rechtsprechung nur punktgenau auf die regionalen Besonderheiten in Sachsen, das ist verfassungsrechtlich zulässig. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich unser Gesetzentwurf, der im Vergleich auch wirklich zu den Gesetzentwürfen anderer Länder - etwa Bayern - sehr sauber abgegrenzt ist, in den Verfassungsgrenzen hält.

**Porn:** Ursprünglich wollten Sie mit dem Gesetz noch mehr Tage und mehr Orte schützen, zum Beispiel auch den 17. Juni, den Jahrestag des Arbeiteraufstan-

des von 1953, auch den 14. August, den Tag des Mauerbaus 1961. Hätten Sie sich damit nicht leicht dem Vorwurf ausgesetzt, NS-Verbrechen mit anderen Unrechtssystemen gleichzusetzen?

**Mackenroth:** Die Singularität des Holocaust steht außer Frage. Wir haben allerdings in der sächsischen Verfassung auch eine Gleichsetzung der Diktaturen, die im Prinzip im Hinblick auf die Opfer in der Tat jedenfalls so gleichzusetzen sein sollten. Wir haben die Gesetze, diese von Ihnen genannten Daten und Orte, allerdings rausgenommen, weil wir nicht feststellen können, dass im Hinblick auf den bestimmten Schutzzweck, den wir erreichen wollen - nämlich die Würde der Opfer gerade dieser Erinnerungstage und Orte - durch Demonstrationen beeinträchtigt wird. Wir stellen da kein praktisches Bedürfnis fest; deswegen ist es richtig, diese Orte rauszunehmen und nicht zu regeln.

**Porn:** Das heißt, mit dem jetzigen Kompromiss sind Sie auch zufrieden?

**Mackenroth:** Ich bin mit dem Kompromiss hoch zufrieden und glaube, dass es eine angemessene Antwort ist auf das was in Sachsen passiert. Man soll die Sache nicht überbewerten, es ist kein Allheilmittel, und der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss auf allen Bereichen, allen gesellschaftlichen Schichten weitergehen. Aber es ist ein klares, politisches Signal, die braune Soße an diesen Tagen, an diesen Orten wollen wir im Freistaat Sachsen nicht.

*Interview mit dem Inforadio RBB, 13.02.2008*

# Aktuelles von der CDU-Stadtratsfraktion Zwickau

## Debatte über Investitionen und neuer Dezenatzuschnitt

### Haushalt für 2008 ist beschlossen

Nachdem in der letzten Stadtratssitzung der Haushalt der Stadt Zwickau nahezu einstimmig vom Stadtrat beschlossen wurde, gehen die inhaltlichen Diskussionen über die noch zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus dem GGZ-Wohnungsverkauf weiter, um schnellstmöglich auch dazu präzise Zielsetzungen festzulegen.

### Beratungen über die Prioritäten möglicher Investitionen aus den finanziellen Mitteln des GGZ-Wohnungsverkaufes

In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 20.02.08 wurde dazu eine nichtöffentliche Informationsvorlage beraten, um möglichst einen überfraktionellen Konsens über die in Angriff zu nehmenden Maßnahmen zu finden. Da der Rest der aus dem Wohnungsverkauf noch zur Verfügung stehenden Mittel sich bei der GGZ und nicht im Haushalt der Stadt Zwickau befinden, nehmen bei diesen Beratungen immer steuerliche Gestaltungsfragen eine nicht unwesentliche Rolle ein. Deswegen beraten wir über die Prioritäten von möglichen Investitionen und die sich daraus ergebenden Folgen für den städtischen Haushalt, wie auch für die GGZ noch in nichtöffentlicher Sitzung. In den nächsten Wochen wird sich auch die GGZ mit der Mittelverwendung beschäftigen, denn zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf dem umkämpften Zwickauer Wohnungsmarkt, sind auch betriebliche Investitionen in nicht unerheblichen

Umfang nötig. Dieser betriebliche Bedarf muss bei den städtischen Ausgabeplanungen unbedingt berücksichtigt werden, um die durch den Verkauf geschwächte Leistungsfähigkeit des kommunalen Wohnungsunternehmens zu stärken. In der im Finanz- und Liegenschaftsausschuss beratenen Vorlage wurden die sich bereits im Gespräch befindlichen mögliche Maßnahmen aufgelistet und ohne Vertrauliches preis zu geben, war im Laufe der Beratung eine Prioritätensetzung in Richtung „Neubau einer Schwimmhalle“, „Neubau eines Gebäudes für das Stadtarchiv“, „Ausstattung der neuen Stadtbibliothek“, „Intensivierung der Sanierung des Clara-Wieck-Gymnasiums“ und dem „Ankauf von Flächen für Gewerbeansiedlungen“ erkennbar. In Richtung Schulsanierung scheint es zur Zeit nicht viel zu bringen noch mehr städtisches Geld als Eigenanteil zur Sanierung in den Haushalt einzustellen, da von Seiten des Fördermittelgebers die Bearbeitung und Auszahlung von Geldern für den Schulhausbau sehr zeitverzögert voran geht, sei es wegen sich ständig ändernden Vorschriften oder personellen Engpässen in den Behörden. Fakt ist leider, im Jahr 2008 ist in den Zwickauer Schulen aus diesen Gründen fast nichts passiert, obwohl Millionen an Eigenmitteln im Haushalt eingestellt waren. Wir müssen uns dafür einsetzen, diese Abläufe zu optimieren und schneller zu einer Bauausführung zu gelangen.

### Demnächst Debatte im Stadtrat über neuen Dezenatzuschnitt

In der nächsten Stadtratssitzung muss der Stadtrat über die zukünftige Struktur der Geschäftskreise der Stadtverwaltung (Dezernate) beschließen. Da in diesem Jahr die Wahl des OB und sämtlicher Beigeordneten statt findet und sich nach § 55 Abs.1 SächGemO die Zahl der Beigeordneten an der Größe der Gemeinde bemisst, ist diese Neufestlegung gesetzlich vorgeschrieben und deswegen in der Hauptsatzung der Stadt anzupassen. In der Vorberatung des Haupt- und Verwaltungsausschusses wurde die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung durch einen Änderungsantrag nicht unwesentlich verändert. Dem zukünftigen OB wurden Aufgaben entzogen und die Dezernate folgendermaßen gegliedert: D1 – Finanzen, Personalverwaltung, und Zentrale Dienste; D2 – Wirtschaft, Bildung und Ordnung und D3 – Bauen. Dem OB blieben demnach nur das Presse- und OB-Büro, das Rechnungsprüfungsamt und die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte.

Da die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme einige Bedenken gegen diese politisch gewollte Struktur äußert, ist mit einer interessanten Debatte dazu im Stadtrat zu rechnen.

Gerald Otto – Fraktionsgeschäftsführer



**Frank Seidel**  
Fraktionsvorsitzender



**Gerald Otto**  
Stadtratsfraktionsgeschäftsführer

## KPV: Mit dem neuen Kreis Zwickau gehören wir zu Sachsens Spitze

von Thomas Schneider



**Thomas Schneider**  
**Regionalvorsitzender**  
**der KPV Chemnitzer**  
**Land - Mittweida –**  
**Zwickau/Werdau**

2008 ist nicht arm an Weichenstellungen. Mit der Funktional-, Verwaltungs- und Kreisreform stehen wir mitten in einem Jahr voller Veränderungen für die kommunale Familie in Sachsen. Neue Strukturen entstehen, die es durchdacht mit Leben zu erfüllen gilt. Die Landrats- und Kreistagswahlen im neuen Landkreis Zwickau, aber auch die turnusmäßigen Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen, begreife ich an dieser Stelle als besonderen Ansporn für unsere CDU.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU, das Netzwerk kommunal Verantwortlicher innerhalb der CDU, veranstaltete in diesem Monat im Ratskeller zu Waldenburg ein „kommunalpolitisches Neujahrsgespräch“, das vor allem den Gedanken- und Informationsaustausch innerhalb der kommunalen Reihen unseres zukünftigen gemeinsamen Landkreises zum Zwecke hatte. Und dies mit Erfolg. Mit zwei Impulsreferaten aus zwei unterschiedlichen Perspektiven war eine gute Grundlage für eine angelegte Diskussion gelegt worden. Marco Wanderwitz MdB, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Oberbürgermeister Dr. Hans-Christian Rickauer, Vorsitzender des Vereins sächsischer Bürgermeister e.V. referierten zu den Herausforderungen des neuen Jahres vor ihrem jeweiligen politischen Arbeitshintergrund.

„Ich sehe den neuen Landkreis Zwickau als den wirtschaftlichen Motor unter allen Landkreisen des Freistaates und damit auf einem guten Weg.“, so Hans-

Christian Rickauer zusammenfassend. Marco Wanderwitz in seinem Plädoyer weitergehend: „Wir im neuen Landkreis müssen gemeinsam und selbstbewusst im regionalen, innerdeutschen und europäischen Standortwettbewerb auftreten. An existierenden Defiziten gilt es entschlossen zu arbeiten.“ Besonders wichtig erscheinen dabei die ernsthafte Aufnahme der Herausforderungen, einmal die Beschäftigungssituation im Kreis weiter zu verbessern. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und Wirtschaftsförderung sind wichtig für unseren langfristigen Erfolg. Aber auch die mit dem demografischen Wandel verbundenen Fragen sind zu beantworten. Hier dürfen nicht nur Konzepte für eine alternde Gesellschaft Eingang in unser Handeln finden, sondern vor allem auch das ständige Tun für beste Rahmenbedingungen für junge Familien in unserem Landkreis.

Wichtig erscheint zu betonen, dass abschließend die aus dem gesamten neuen Kreisgebiet angereisten davon überzeugt sind, mit den richtigen Kandidaten -

erfahren und ideenreich, als auch alt und jung gemeinsam - einen überzeugenden Wahlkampf aufzunehmen und weiter in unserem Kreis gute Politik zu machen. Denn wir sehen unseren Landkreis, wirtschaftlich als auch kulturell nicht nur in der Vergangenheit, sondern vor allem in der Zukunft an einer Spitzenposition. Ziel unserer Kreispolitik sollte es sein, an ein großes Erbe anzuknüpfen und darauf aufbauend auch neue Wege zu gehen.

„Stark vor Ort, so zeigt sich die zukünftige CDU Zwickau als die Kommunalpartei im neuen Landkreis.“, so der einhellige Tenor. Unsere Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sind eine starke Gemeinschaft. Abschließend möchte ich diese Stelle daher auch nutzen, alle Mandatsträger der CDU einzuladen, sich der KPV anzuschließen. Ich würde mich sehr freuen, gemeinsam mit Ihnen und allen Mitgliedern der KPV die kommenden Aufgaben anzupacken und für unseren Kreis und die Sache der Union Einsatz zu zeigen.

## US-Konsul zu Gast bei der Jungen Union in Zwickau

Auf Einladung der Jungen Union Zwickau/Zwickauer Land besuchte der Konsul für Öffentliche Angelegenheiten beim Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Leipzig, Marc L. Wenig, am 7. Februar Zwickau. Er hielt im Alten Gasometer einen Vortrag zur Außenpolitik der USA seit dem 11. September 2001, der auf reges Interesse, nicht nur bei JU- oder CDU-Mitglieder, sondern auch bei Schülern und (noch-)

nicht-CDU-Mitgliedern stieß.

Im Bild sind zu sehen (v.l.n.r.):

Frank Seidel, Oberbürgermeisterkandidat der Zwickauer CDU; Dr. Michael Luther MdB, Jan Löffler, Vorsitzender CDU Neukirchen, Konsul Marc L. Wenig, Thomas Starke; JU-Vorsitzender



## Junge Leute in die Parlamente

### CDU Mülsen nominiert Carsten Körber für den Kreistag



Dr. Michael Luther MdB

In einer Mitgliederversammlung am 8. Februar 2008 hat die CDU Mülsen ihren Vorsitzenden, den 28jährigen Betriebswirt Carsten Körber, für die Kreistagswahl im Juni 2008 vorgeschlagen. Der Ortsverband will damit einen Beitrag zur Verjüngung des Kommunalparlaments leisten. Zuvor hatte der Kreisvorsitzende der Jungen Union (JU), Thomas Starke, die Arbeit des JU-Kreisverbands vorgestellt und auf die beunruhigende Altersstruktur der Sächsischen Union hingewiesen. „Ich freue mich, dass die CDU Mülsen mit Carsten Körber einem aktiven Mitglied der Jungen Union ihr

Vertrauen geschenkt hat. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Wir brauchen noch mehr solche Beispiele, damit unsere Partei in der Region Zwickau auch in Zukunft personell gut aufgestellt ist.“ Auch der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Michael Luther unterstrich: „Wir dürfen über einen Generationswechsel in der Politik nicht nur reden, sondern wir müssen auch etwas dafür tun. Die Kreistagswahl beispielsweise ist dazu eine gute Gelegenheit. Wenn sich jemand aus der Jungen Union bereit erklärt, politische Verantwortung zu übernehmen, hat er meine volle Unterstützung.“



Carsten Körber

## Dr. Kurt Oesterle, Tübingen

### Stammheim

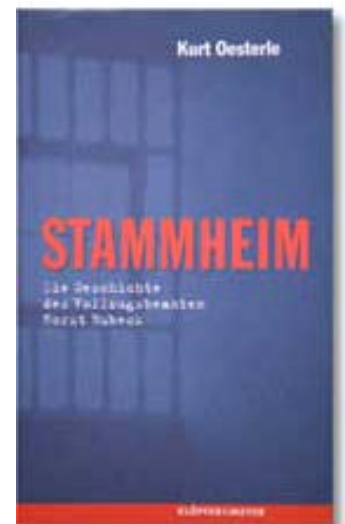
#### - Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck -



Dr. Kurt Oesterle

lich hatte er Umgang mit ihnen. Und obwohl er von Baader, Meinhof & Co beleidigt, geschlagen, getreten wurde, hat er nie dagegen gehalten. Nach Jean-Paul Sartres legendärem Stammheim-Besuch wusste Bubeck, welche Lügen die Terroristen über die Haftbedingungen in Umlauf brachten. Doch nicht nur die inhaftierten Terroristen setzten den Vollzugsbeamten zu, sondern auch die Presse von rechts und links. Und auch vom Staat fühlten sie sich im Stich gelassen.

Geschichte kommen zutage: gänzlich unbekannte Details, unerhörte Geschichten, Bizarrerien, Gemeinheiten und Repressionen – und auch die Hackordnung unter den Gefangenen selber. Sichtbar wird ein verzweifelt-perfider Kampf um die Freiheit, und mittendrin ein einfacher Amtsinspektor als Zeitzeuge, eine ganz andere Perspektive: „Stammheim“, eine Komposition aus Erzählung, literarischer Reportage und historischem Essay.



Horst Bubeck, so heißt der Mann, der im Gefängnis von Stammheim jahrelang für den siebten Stock zuständig ist, in dem in den 1970ern die RAF-Terroristen der ersten Generation einsaßen. Tagtäglich

Auf nahezu aussichtslosem Posten, einer Art letzter Bastion des Rechtsstaates, wird der ohnmächtige Vollzugsbeamte zum Chronisten und Erzähler der berühmten Staatsfeinde im Knast. In dieser wahren

Am Donnerstag (nach Ostern), 27. März, 19 Uhr, liest der Autor auf Veranlassung von Karl-Ernst Müller in der Westsächsischen Hochschule Zwickau, Acricola Bau Dr.-Friedrichs-Ring 2A, Raum 307 aus seinem Buch, wobei er hier beson-

ders auf die STASI-Zusammenhänge, die in dem Buch noch keine Rolle spielen, eingehen wird. Der Eintritt ist frei. Bitte geben Sie die Nachricht an Interessenten weiter.

**CDU KV Zwickau-Werdau**

Kreisgeschäftsstelle  
Hauptstraße 28/30  
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710

Fax: 0375-294567

E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Von der SPD konsequent boykottierte Produkte

Zeichnung: Sakurai

**Termine März / April 2008**

- |                 |   |                 |  |
|-----------------|---|-----------------|--|
| <b>01.03.08</b> | Wahlkreismitgliederversammlung der CDU Zwickau-Werdau und des CDU-Kreisverbandes Chemnitzer Land mit der Nominierung des Landratskandidaten und der Kreistagskandidaten, Ort: Clubhaus Sachsenring, Crimmitschauer Str. 67, Zwickau; Zeit: 9.30 Uhr | <b>08.03.08</b> | Internationaler Frauentag  |
|                 |   | <b>10.03.08</b> | Regionalkonferenz „Ländlicher Raum“ der CDU-Landtagsfraktion; Ort: Daetz-Zentrum Lichtenstein; Zeit: 19.00 Uhr |
|                 |   | <b>12.04.08</b> | Gründung des neuen Kreisvorstandes und Wahl des Kreisvorstandes  |

**Impressum**

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau-Werdau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28  
08056 Zwickau  
Tel.: (0375) 29 17 79  
Fax: (0375) 29 45 67  
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 – 7 70 92  
Fax: (030) 227 – 7 61 16  
E-Mail: michael.luther@bundestag.de



CDU im Netz

[www.michael-luther.de](http://www.michael-luther.de)

[www.cdu-zwickau-werdau.de](http://www.cdu-zwickau-werdau.de)